

Kitakinder – Bildung von Anfang an - Drs 16/2279 Kitagesetz- Grüne

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

über vorschulische Bildung wird in Berlin viel geredet,

immer wieder werden die Ursachen beschrieben und bei den Sprachtest und der Erfassung von Lernausgangslagen die Probleme festgestellt.

Dies sollte nach dem Willen von 66.200 Eltern verbessert werden, so jedenfalls das Ergebnis des Volksbegehrens des vergangenen Jahres.

Ziel des Volksbegehrens war eine Änderung des Berliner Kita-Gesetzes mit einem Rechtsanspruch auf sieben Stunden Betreuung für alle Kinder ab drei Jahren und die Einstellung zusätzlicher pädagogischer Fachkräfte für bessere Bildungsvoraussetzungen in den Berliner Kindertageseinrichtungen.

Doch der Senat sagte nach sozialistischer Manier einfach „Njet“, machte kurzerhand eine fiktive Kostenrechnung auf und verschanzte sich hinter einer so genannten „Erheblichkeitsschwelle“.

Und die Fraktionsvorsitzenden der Linken und der SPD bliesen sich auf und quakten sofort etwas von einem Rechtsanspruch auf Teilzeitbetreuung im letzten Kitajahr ab 2009. Ja sogar die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen wurde angekündigt.

Wie man bis jetzt sehen kann, Ankündigungen ohne Wert. Auch wenn Sie Frau Scheeres sagen, dass sie wissen was sich tut, reagieren Sie nicht und reagierten auch nicht auf die Aussetzung der Qualitätsvereinbarung zur Qualitätssicherung der Kitaträger.

Frühkindliche Bildung als wichtiger Schlüssel zum Abbau von Bildungsbenachteiligung wird bei den Sozialisten im Berliner Senat zwar immer im Munde geführt und vom Bildungssenator Zöllner propagiert. Denn der Senator wird nicht müde seine Berliner Spitzenplätzen im Bundesvergleich bei Betreuungsquote zu wiederholen.

Für den Standort Berlin und für die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Frauen ist dies natürlich gut, doch ist die große Freude über einen vierten Platz bei der Betreuungsquote im Bundesvergleich nicht mehr viel wert, wenn sie an vorschulischer Bildungsqualität und Beschäftigungsquote gemessen wird. Die 66.181 Berliner, die das Volksbegehren unterschrieben haben, stehen deshalb mit ihren richtigen Forderungen nicht allein. Denn wenn es um die Verbesserung der Qualitätsparameter geht, hören wir immer nur etwas von Evaluationsergebnisse auswerten oder Bericht abwarten.

Ja, meine Damen und Herren,

auch wenn Sie es nicht gerne hören, ich kann Ihnen vorlesen was der Herr Senator Zöllner am 13. März 2008 hier im Abgeordnetenhaus gesagt hat:

„Wie Ihnen bekannt ist, wird gegenwärtig zwischen den Vereinbarungspartnern der Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen eine Evaluation vorbereitet, die u. a. klären soll, ob und, wenn ja, welche Konsequenzen aus der Einführung des Bildungsprogramms zu ziehen sind. Welche finanzielle oder personelle Unterstützung die Kitas künftig erhalten, werden wir diskutieren, wenn die Ergebnisse dieser Evaluation vorliegen. Ich rechne mit diesen Ergebnissen noch im laufenden Jahr.“

Das war vor über einem Jahr.

- Das Abgeordnetenhaus hat noch immer keinen Evaluationsbericht.
- Die Qualitätsvereinbarungen mit den Trägern sind ausgehandelt und unterschrieben und nichts hat sich geändert.

Im Kita-Kostenblatt ist festgelegt, was in Berlin ein Kita-Platz kostet. Es berücksichtigt sowohl Personal- wie auch die Sachkosten. Das Maß für die Finanzierung ist vor allem die Zahl und das Alter der Kinder sowie die Länge der Betreuungszeit.

Je älter die Kinder sind, desto weniger Erzieherstunden gibt es.

Beispiel Ganztagesplatz: Bei unter Zweijährigen kommen sechs, bei Zweijährigen sieben und bei den Dreijährigen zehn Kinder auf eine Erzieherin.

Die Bedarfsfeststellung und Gutscheivergabe für den Kitabesuch richtet sich in erster Linie nach der beruflichen Situation der Eltern und nicht nach den Bildungsansprüchen und -bedürfnissen der Kinder.

Meine Damen und Herren,

Wir wollen die beste Förderung die Kinder, und darum wollen wir früh beginnen, um allen Kindern vergleichbare Bildungschancen zu eröffnen.

Darum unterstützen wir den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, da dieser genau wie unsere Anträge vom September des letzten Jahres eine frühere und längere Förderung ohne Bedarfsprüfung vorsieht und die Qualitätsansprüche von frühkindlicher Bildung und Erziehung mit einer verbesserten Personalausstattung einleitet.

Die CDU – Fraktion will Bildung als Priorität und mehr Bildungsgerechtigkeit für alle durch Teilhabe ohne Schranken und Mauern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Berlin , 2. April 2009